

Protokoll

der Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Appenzell I.Rh.
an der **Session vom 23. März 2009 im Rathaus Appenzell**

Vorsitz: Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder
Anwesend: 42 Ratsmitglieder
Zeit: 08.30 - 12.40 Uhr
Protokoll: Ratschreiber-Stv. Rudolf Keller / Hans Bucheli

Es gelangten folgende Geschäfte zur Behandlung:

	Seite
1. Eröffnung	2
2. Protokoll der Session vom 9. Februar 2009	2
3. Staatsrechnung für das Jahr 2008	3
4. Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (Ausländerverordnung, AusV)	9
5. Verordnung über das Asylwesen (AsyIV)	10
6. Grossratsbeschluss betreffend Erteilung eines Kredites für bauliche Anpassungen im Eingangsbereich zum Museum und zum Touristoffice in der Liegenschaft Buherre Hanisefs	12
7. Bericht und Rechnung der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2008	14
8. Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung des Kantons Appenzell I.Rh.	15
9. Verkehrs- und Parkierungskonzept Dorf Appenzell, Variantendiskussion	17
10. Mitteilungen und Allfälliges	20

Abkürzungen für grossrätliche Kommissionen:

StwK: Staatswirtschaftliche Kommission
WiKo: Kommission für Wirtschaft
SoKo: Kommission für Soziales, Gesundheit, Erziehung, Bildung
ReKo: Kommission für Recht und Sicherheit
BauKo: Kommission für öffentliche Bauten, Verkehr, Energie, Raumplanung, Umwelt

1.

Eröffnung

Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder

Eröffnungsansprache

Entschuldigungen: Grossrat Alfred Inauen, Appenzell
Grossrat Franz Mittelholzer, Appenzell
Grossrat Herbert Wyss, Rüte
Grossrat Hansruedi Brülisauer, Rüte
Grossrat Sepp Neff, Schlatt-Haslen
Grossrat Felix Bürki, Oberegg

Absolutes Mehr: 22

Traktandenliste: Die vorgelegte Traktandenliste ist genehm.

Anstelle von Grossrat Alfred Inauen, Appenzell, wird für die heutige Session Grossrätin Heidi Buchmann-Brunner, Schwende, als Stimmzählerin gewählt.

2.

Protokoll der Session vom 9. Februar 2009

Das Protokoll der Session vom 9. Februar 2009 wird einstimmig genehmigt.

3.

Staatsrechnung für das Jahr 2008

Referent: Grossrat Hans Büchler, Präsident StwK
Departementsvorsteher: Säckelmeister Sepp Moser
5/1/2009: Antrag Standeskommission
5/1/2009: Antrag StwK

Grossrat Hans Büchler, Präsident StwK, gibt weitere mündliche Erläuterungen zu dem von der StwK erstellten ausführlichen Bericht vom 5. März 2009 über die Prüfung des Finanzhaushaltes und die Überwachung des Geschäftsganges der Behörden. Der Bericht wurde den Mitgliedern des Grossen Rates vorgängig zur Session zugestellt.

Im Weiteren fasst er die im Bericht aufgeführten Ergebnisse der Revision von Abteilungen des Erziehungsdepartementes sowie des Gesundheits- und Sozialdepartementes, bei welchem sich die Prüfung lediglich auf das Spital und Pflegeheim beschränkt hat, zusammen.

Anschliessend unterbreitet er im Namen der StwK die folgenden Anträge:

1. Vom Bericht der StwK sei Kenntnis zu nehmen.
2. Sämtliche Amtsrechnungen 2008 seien zu genehmigen.
3. Der Standeskommission, den kantonalen Kommissionen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung und der selbständigen öffentlichen Anstalten sei für die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben zu danken.

Säckelmeister Sepp Moser fasst in seinem Eintretensvotum die Ergebnisse der Staatsrechnung 2008 zusammen. Er weist darauf hin, dass die zahlreichen Rückstellungen keine stillen Reserven seien, sondern dass diese zur Finanzierung der anstehenden Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben, deren Höhe noch nicht klar erkennbar ist, getätigt worden seien. Es müssten folgende Schwerpunkte gesetzt werden, die in finanzieller Hinsicht besonders zu beachten seien:

1. Erneuerung des Spitals und Pflegeheims sowie Umbau des Gymnasiums;
2. Verschiedene noch nicht bezifferbare Kosten für den Unterhalt der Hoch- und Tiefbauten des Kantons;
3. Revision des Steuergesetzes;
4. Anlegung eines Notvorrates angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Unter Bezugnahme auf die Wirtschaftsankurbelungsmassnahmen der Schweiz und anderer Länder regt Säckelmeister Sepp Moser an, dass anstehende und bewilligte Projekte bis zur Ausführungsreife vorangetrieben werden sollten, damit sie jederzeit in Angriff genommen wer-

den könnten, soweit dies zur Sicherung der Beschäftigung im Kanton sinnvoll sei.

Gemäss Art. 18 Abs. 3 des Geschäftsreglements ist Eintreten auf die Staatsrechnung obligatorisch.

Gesamtübersicht (S. 1 - 4)

Keine Bemerkungen.

Laufende Rechnung (S. 5 - 40)

10 Gesetzgebende Behörden (S. 5)

Keine Bemerkungen.

20 Allgemeine Verwaltung (S. 6 - 7)

Keine Bemerkungen.

21 Bau- und Umweltdepartement (S. 8 - 12)

Keine Bemerkungen.

22 Erziehungsdepartement (S. 13 - 16)

Landammann Carlo Schmid-Sutter nimmt Stellung zu den Bemerkungen der StwK im Revisionsbericht bezüglich der Kostenentwicklung im Erziehungsdepartement in den Bereichen pädagogisch-therapeutische Dienste und Sonderschulen. Im Weiteren verweist er auf die gestiegenen Kosten im Bereich der Sekundarstufe II. Mehraufwendungen im Bereich der Berufsbildung seien insbesondere aufgrund der neuen Abrechnungsmethode mit der Einführung der NFA begründet. Im Sinne eines Fazits betont er, dass in denjenigen Bereichen, bei denen der Kanton Leistungen anbiete, die Kosten hätten unter Kontrolle gehalten werden können. Demgegenüber seien die Kosten der bei anderen Kantonen oder Dritten eingekauften Leistungen explosionsartig angestiegen. Auch bei den pädagogisch-therapeutischen Diensten sollte der Eindämmung der Kostenentwicklung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

23 Finanzdepartement (S. 17 - 20)

Keine Bemerkungen.

24 Gesundheits- und Sozialdepartement (S. 21 - 25)

Keine Bemerkungen.

25 Justiz-, Polizei- und Militärdepartement (S. 26 - 30)

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, verweist auf die im Konto 2520.301.00 gestiegene Besoldungssumme bei der Gerichtskanzlei. Er möchte insbesondere in Erfahrung bringen, weshalb der Ertrag beim Konto 2520.431.00 "Verfahrenskosten" wesentlich kleiner ausgefallen sei als jener im Jahre 2007. Landesfähnrich Melchior Looser begründet die gestiegenen Aufwen-

dungen für Besoldungen bei der Gerichtskanzlei mit dem Umstand, dass neu die gesamte Besoldung des Bezirksgerichtspräsidenten in der Kontengruppe Gerichtskanzlei und nicht mehr wie bisher teilweise dem Konto der Ratskanzlei belastet werde. Die wesentlich tieferen Erträge beim Konto 2520.431.00 "Verfahrenskosten" seien auf komplexere Fälle zurückzuführen, die im Jahre 2008 noch nicht mit einem Urteil hätten abgeschlossen und somit die entsprechenden Verfahrenskosten noch nicht der Rechnung 2008 hätten gutgeschrieben werden können.

26 Land- und Forstwirtschaftsdepartement (S. 31 - 37)

Keine Bemerkungen.

27 Volkswirtschaftsdepartement (S. 38 - 40)

Keine Bemerkungen.

Investitionsrechnung (S. 41 - 44)

Keine Bemerkungen.

Abschreibungen (S. 45)

Grossrat Roland Dörig, Appenzell, erkundigt sich nach der Rechtmässigkeit der bereits getätigten Abschreibungen und Rückstellungen für die Bauprojekte Buherre Hanisefs und Seealp, obwohl die entsprechenden Kreditbeschlüsse durch den Grossen Rat noch ausstehend seien.

Säckelmeister Sepp Moser verweist auf die geänderte Praxis, wonach im Voranschlag enthaltene, jedoch nicht realisierte Projekte als Rückstellungen in der Staatsrechnung verbucht, allerdings erst im Jahr ihrer Realisierung wieder aufgelöst werden.

Landeshauptmann Lorenz Koller erinnert an die vom Grossen Rat in das Budget 2008 aufgenommene Investitionssumme von Fr. 400'000.-- für das Projekt Seealp. Im Rahmen der Ausarbeitung des Projektes habe sich gezeigt, dass die mit dem Betrieb der Käserei anfallende Schotte entsorgt werden müsse und daher ein Anschluss der Alp Spitzigstein an die Abwasserkanalisation unumgänglich werde. Entgegen seiner Zusicherung anlässlich der Budgetdebatte 2008 habe deshalb der erforderliche Kredit für den Neubau des Alpgebäudes Spitzigstein auf der Seealp im Verlaufe des Jahres 2008 dem Grossen Rat noch nicht beantragt werden können. Dies werde frühestens in der Oktober- oder November-Session 2009 möglich sein, wobei der erforderliche Kredit allerdings statt Fr. 400'000.-- rund Fr. 700'000.-- betragen werde.

Sachgruppenstatistik und Bundeseinnahmen (S. 47 - 55)

Keine Bemerkungen.

Bestandesrechnung / Bilanz mit Wertschriftenspiegel (S. 57 - 60)

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, verweist auf den auf S. 60 neu in die Rechnung aufgenommenen Wertschriftenspiegel des Kantons mit Angabe von Nominalwert und Buchwert der Wertschriften. Er richtet diesbezüglich an Säckelmeister Sepp Moser folgende Fragen:

1. Ist es möglich, in einer nächsten Rechnungslegung oder als Nachlieferung eine Übersicht über die Immobilien und Landreserven des Kantons analog des Wertschriftenspiegels vorzulegen?
2. Sind Käufe und Verkäufe von Immobilien und Land in der Staatsrechnung sichtbar?

Säckelmeister Sepp Moser beantwortet die Fragen dahingehend, dass im Rahmen der neuen Rechnungslegungsvorschriften vorgesehen sei, dass diese Details alle in die Jahresrechnung aufgenommen würden. In einem ersten Schritt habe die Standeskommission den Wertschriftenspiegel in die Rechnung integriert. Die Immobilien und Landreserven würden derzeit zusammengestellt. Die Bilanz der Jahresrechnung 2008 werde in diesem Sinne ergänzt. Die Standeskommission bemühe sich, bessere Transparenz in die Jahresrechnung zu bringen. Käufe und Verkäufe von Immobilien und Liegenschaften könnten aus der Staatsrechnung nicht ohne weiteres entnommen werden, da zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen unterschieden werden müsse. Abschliessend sichert Säckelmeister Sepp Moser zu, er werde sich auch in diesem Bereich um grössere Transparenz bemühen.

Rückstellungen (S. 61 - 63)

Dieser Abschnitt war bereits im Zusammenhang mit den Abschreibungen (S. 45) Gegenstand der Diskussion. Es werden keine weiteren Bemerkungen gemacht.

Spezialfinanzierungen / Fonds (S. 65 - 66)

Grossrat Roland Dörig, Appenzell, erneuert eine vor mehreren Jahren seitens des Grossen Rates an den damaligen Säckelmeister Paul Wyser gerichtete Anfrage, ob die zahlreichen Spezialfinanzierungen und Spezialfonds nicht bereinigt werden sollten, zumal bei den meisten nur sehr geringe Veränderungen pro Jahr festzustellen seien.

Säckelmeister Sepp Moser verweist darauf, dass diese Spezialfinanzierungen jeweils aufgrund entsprechender gesetzlicher Bestimmungen geschaffen und geäuft worden seien. Er warnt vor einer unbedachten Auflösung dieser Fonds. Der Grosse Rat müsse allenfalls jeden einzelnen Fonds prüfen und darüber diskutieren, ob deren Aufrechterhaltung noch zweckmässig sei.

Landammann Carlo Schmid-Sutter warnt vor einer Verfälschung der Rechnung durch die Auflösung solcher Spezialfonds, da die dadurch frei werdenden Mittel ein besseres Rechnungsergebnis vorspiegeln. Er hält es jedoch ebenfalls für sinnvoll, die einzelnen Fonds auf deren Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dies solle jedoch mit Bedacht durch das Finanzdepartement unter Beizug der StwK erfolgen.

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, erkundigt sich nach Details der Verwendung der Mittel aus dem Fonds für Landerwerb. Säckelmeister Sepp Moser führt dazu aus, dass diese Mittel für den Bodenerwerb im Jakobsbad zwecks Bodenabtausch mit der Kronbergbahn sowie für die Erstellung des geplanten Ökohofes bei der ARA eingesetzt würden.

Investitionskreditkasse (S. 67 - 68)

Keine Bemerkungen.

Stiftungen (S. 69 - 82)

Keine Bemerkungen.

Spital und Pflegeheim Appenzell (S. 83 - 87)

Keine Bemerkungen.

Gymnasium St. Antonius (S. 89 - 96)

Keine Bemerkungen.

Abwasserrechnung (S. 97 - 100)

Keine Bemerkungen.

Strassenrechnung (S. 101 - 108)

Keine Bemerkungen.

Kommentar Staatsrechnung

Keine Bemerkungen.

Kommentar Laufende Rechnung

Keine Bemerkungen.

Kommentar Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen.

Kommentar Spital und Pflegeheim

Für Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, ist die im Kommentar enthaltene Erklärung für den Anstieg der Arzthonorare in Ziff. 38 nicht nachvollziehbar. Die Entschädigungen für Bereitschaftsdienste stellen für ihn eine versteckte Lohnerhöhung dar. Statthalter Werner Ebnetter verneint diese Auffassung und weist darauf hin, dass den Ärzten bisher für ihre Bereitschaftsdienste keine Entschädigungen ausbezahlt worden seien. Es seien bis anhin lediglich die im Rahmen des Bereitschaftsdienstes erbrachten ärztlichen Leistungen den Ärzten entsprechend entschädigt worden. Aufgrund einer klaren Regelung müsse nun die Leistung von Bereitschaftsdienst rund um die Uhr und auch an Wochenenden entschädigt werden. Statthalter Werner Ebnetter bedankt sich bei dieser Gelegenheit nochmals bei den langjährigen Belegärzten am Spital Appenzell für die unentgeltlich geleisteten Bereitschaftsdienste.

Auf die Rückfrage von Grossrat Franz Fässler, Appenzell, stellt Statthalter Werner Ebnetter klar, dass der Anstieg der Arzthonorare gegenüber der Rechnung des Vorjahres insbesondere auf Mehrleistungen zurückzuführen sei.

Kommentar Gymnasium St. Antonius

Grossrat Albert Koller, Appenzell, erkundigt sich nach dem Zweck der Gewährung eines Halbjahresurlaubes für den Rektor des Gymnasiums.

Landammann Carlo Schmid-Sutter führt aus, dass die Lehrkräfte des Gymnasiums alle sieben Jahre Anrecht auf einen Halbjahresurlaub zwecks Fortbildung hätten.

Kommentar Abwasserrechnung

Keine Bemerkungen.

Kommentar Strassenrechnung

Keine Bemerkungen.

In der Abstimmung heisst der Grosse Rat die Staatsrechnung für das Jahr 2008 sowie die Anträge der StwK einstimmig gut.

4.**Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (Ausländerverordnung, AusV)**

Referent: Grossrat Bruno Ulmann, Präsident ReKo
Departementsvorsteher: Landesfähnrich Melchior Looser
3/1/2009: Antrag Standeskommission

Grossrat Bruno Ulmann, Präsident ReKo, fasst im Eintretensvotum die Gründe für die Neufassung der Ausländerverordnung und die wesentlichen Änderungen zusammen. Aufgrund des neuen Ausländergesetzes des Bundes hätten zahlreiche Bestimmungen der bisherigen kantonalen Verordnung über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer geringfügige Änderungen erfahren, sodass sich eine Neufassung des Erlasses aufdränge. In Art. 1 werde der Standeskommission die Kompetenz eingeräumt, die mit dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Dublin-Abkommen erforderlichen Anpassungen des kantonalen Rechts an Entwicklungen im Recht der EU vorzunehmen. Im Namen der ReKo beantragt er Eintreten und Verabschiedung der Verordnung im vorgelegten Sinne.

Eintreten wird beschlossen.

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen.

Art. 1 - 12

Keine Bemerkungen.

In der Abstimmung heisst der Grosse Rat die Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (Ausländerverordnung, AusV) wie vorgelegt einstimmig gut.

5.**Verordnung über das Asylwesen (AsyIV)**

Referent: Grossrat Bruno Ulmann, Präsident ReKo
Departementsvorsteher: Landesfähnrich Melchior Looser
4/1/2009: Antrag Standeskommission

Grossrat Bruno Ulmann stellt die Vorlage vor. Aufgrund des neuen Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer sei auch die Asylgesetzgebung angepasst worden. Da zahlreiche Bestimmungen der bisherigen kantonalen Verordnung über das Asylwesen an die Neuerungen auf Bundesebene angepasst werden müssten, sei die Verordnung über das Asylwesen neu gefasst worden. Insbesondere würde die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Justiz-, Polizei- und Militärdepartement einerseits und dem Gesundheits- und Sozialdepartement andererseits klar definiert und umschrieben. Er beantragt im Namen der ReKo Eintreten und Gutheissung der Vorlage im vorgelegten Sinne.

Eintreten wird beschlossen.

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen.

Art. 1

Keine Bemerkungen.

Art. 2

Grossratsvizepräsident Ruedi Eberle nimmt auf die in Art. 2 Abs. 2 lit. d statuierte Zuständigkeit der Standeskommission für die Unterbringung und Betreuung von schutzsuchenden Ausländern in ausserordentlichen Lagen Bezug. Er möchte dabei in Erfahrung bringen, in welcher Weise die Bezirke von dieser Vorschrift berührt sein könnten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass den Bezirken die Mittel und Möglichkeiten für die Betreuung solcher ausländischer Personen fehlen. Aus diesem Grunde sollte deshalb diese Aufgabe allein in die Pflicht und Kompetenz des Kantons fallen. Landesfähnrich Melchior Looser weist darauf hin, dass bereits die bisherige Asylverordnung eine gleichlautende Regelung enthalte. Die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden solle wie bisher durch den Kanton erfolgen, soweit dies machbar sei. Allerdings sollte auch in Zukunft die Möglichkeit bestehen, Asylsuchende auf die Bezirke zu verteilen, wenn die kantonalen Unterbringungsmöglichkeiten ausgeschöpft seien.

Art. 3 - 4

Keine Bemerkungen.

Art. 5

Landesfähnrich Melchior Looser beantragt in Abs. 2 im Sinne einer redaktionellen Korrektur den Ausdruck "lit. a bis e" durch "lit. a bis d" zu ersetzen.

Der Grosse Rat heisst diese redaktionelle Änderung stillschweigend gut.

Art. 6 - 9

Keine Bemerkungen.

In der Abstimmung heisst der Grosse Rat die Verordnung über das Asylwesen (AsyIV) mit der beschlossenen Änderung bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme gut.

6.**Grossratsbeschluss betreffend Erteilung eines Kredites für bauliche Anpassungen im Eingangsbereich zum Museum und zum Touristoffice in der Liegenschaft Buherre Hanisefs**

Referent: Grossrat Josef Sutter, Präsident BauKo
Departementsvorsteher: Bauherr Stefan Sutter
9/1/2009: Antrag Standeskommission

Grossrat Josef Sutter, Präsident BauKo, verweist im Rahmen der Vorstellung des Geschäftes auf einzelne Details, die die BauKo als verbesserungswürdig betrachte. Beim Behindertenzugang sei die Absenkung des Kirchenplatzes im Bereich des Eingangs in sicherheitstechnischer Hinsicht noch nicht optimal gelöst worden. Im Weiteren müsse angesichts der voraussichtlich erst nach der Sanierung der Galerie erfolgenden Erneuerung der Kirchentreppe eine Übergangslösung angestrebt werden. Die Anzahl der Stufen der Zugangstreppe von der Hauptgasse her sollte im Rahmen der Realisierung der Dorfgestaltung möglichst tief gehalten werden. Zusätzlich zu diesen technischen Aufgabenbereichen sollte der Mieterschaft die nach den baulichen Anpassungen vorgesehenen Mietzinserhöhungen vorgängig schriftlich angekündigt werden. Die BauKo empfehle einstimmig Eintreten auf die Vorlage und Gutheissung des erforderlichen Kredites.

Bauherr Stefan Sutter kommt auf die Anpassung des Mietzinses zu sprechen und stellt klar, dass den Mietern eine Mietzinserhöhung angekündigt worden sei. Die diesbezügliche Erhöhung erfolge über eine kantonsinterne Verrechnung zu Lasten der betreffenden Departemente oder Amtsstellen.

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, stellt die Rückstellung dieses Geschäftes bis zum Zeitpunkt zur Diskussion, in welchem die Neugestaltung der Kirchentreppe durch die Kirchgemeinde Appenzell abgeschlossen sein werde. Bauherr Stefan Sutter hält dem entgegen, dass das Umbauprojekt mit Ausnahme von ein paar Quadratmetern Verputzfläche an der Fassade auf der Seite der Kirchentreppe ohne weiteres realisiert werden könne.

Eintreten wird beschlossen.

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen.

Ziff. I.

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, rügt die in die Kostenberechnung eingeflossenen Honorare im Umfang von Fr. 80'000.--, die im Vergleich zur reinen Bausumme von Fr. 370'000.-- mehr als 20 % ausmachen würden. Er wünscht weitere Auskünfte über die Gründe der hohen

Honorarsumme. Bauherr Stefan Sutter erläutert, dass in dieser Honorarsumme die Architektenleistung, die Bauleitung, der Zuzug von Fachingenieuren zur Lösung von statischen Problemen infolge Ausbruch einer Gebäudeecke sowie schliesslich der nach der einschlägigen SIA-Norm vorgesehene Zuschlag für Umbauten enthalten seien.

Grossrat Franz Fässler, Appenzell, vertritt die Auffassung, dass mit dem beauftragten Architekten Vergünstigungen im Sinne eines "Mengenrabatts" ausgehandelt werden sollten, da dieser innert kurzer Zeit mit mehreren Projekten der öffentlichen Hand beauftragt worden sei. Bauherr Stefan Sutter nimmt dieses Anliegen zwar zur Prüfung entgegen, wobei er jedoch bereits an dieser Stelle darauf hinweist, dass die SIA-Normen die Gewährung von "Mengenrabatten" bei den Architekturhonoraren nicht kenne.

Ziff. II. - III.

Keine Bemerkungen.

Der Grosse Rat heisst den Grossratsbeschluss betreffend Erteilung eines Kredites für bauliche Anpassungen im Eingangsbereich zum Museum und zum Touristoffice in der Liegenschaft Buherre Hanisefs wie vorgelegt bei drei Enthaltungen ohne Gegenstimme gut.

7.

Bericht und Rechnung der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2008

Referent: Landammann Daniel Fässler
7/1/2009: Antrag Kontrollkommission

Landammann Daniel Fässler zeigt anhand von ein paar wesentlichen Kennzahlen das gute Geschäftsergebnis der Appenzeller Kantonalbank auf. Er weist darauf hin, dass aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes die erzielte Steigerung des Reingewinnes um rund Fr. 600'000.-- ein ausgezeichnetes Ergebnis darstelle, weshalb die Bankleitung und die Bankbehörden einen grossen Dank für ihre gute operative und strategische Führung verdienen würden. In diesen Dank schliesst er auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Appenzeller Kantonalbank ein. Wie die Kontrollkommission beantragt er dem Grossen Rat Kenntnisnahme vom Geschäftsbericht der Kantonalbank für das Jahr 2008 und die Genehmigung der Jahresrechnung im Sinne von Art. 20 des Bankengesetzes.

Grossrat Albert Koller, Appenzell, entschuldigt sich im Namen der Kontrollkommission bei Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder für den Fehler bei der Anrede im Bericht der Kontrollkommission an den Grossen Rat.

Gemäss Art. 18 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Grossen Rates ist Eintreten bei Berichten obligatorisch.

Grossrat Bernhard Koch, Gonten, verweist auf den starken Zufluss von Kundengeldern und stellt deshalb die Frage nach dem für den Kanton im Rahmen der Staatsgarantie verbundenen Risiko. Landammann Daniel Fässler betont diesbezüglich, dass die Bankleitung und die Bankbehörden ihr Augenmerk auf eine massvolle Entwicklung der Kantonalbank legen. Gerade wegen der Staatsgarantie hätten im Jahre 2008 mehr Kunden ihr Geld der Appenzeller Kantonalbank anvertraut. Die zugeflossenen Gelder stammten hauptsächlich von Personen, die bereits Kunden der Bank seien oder den Verantwortlichen der Appenzeller Kantonalbank gut bekannt seien. Mit einem massvollen Wachstum von 2 % bis 3 % der Bilanzsumme solle das Risiko für den Kanton als Träger der Staatsgarantie bewusst niedrig gehalten werden. Landammann Daniel Fässler verschweigt andererseits jedoch nicht, dass ein allfälliger Zusammenbruch der Appenzeller Kantonalbank ein Desaster für den Kanton bedeuten würde.

Der Grosse Rat nimmt den Geschäftsbericht der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2008 zur Kenntnis und erteilt entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission der Jahresrechnung der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2008 gemäss Art. 20 des Bankengesetzes die Genehmigung.

Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder begrüsst im Anschluss an dieses Traktandum die Delegation des Büros des Grossen Rates des Kantons Bern, angeführt von Grossratspräsidentin Dorothea Loosli-Amstutz sowie der ersten Vizepräsidentin Chantal Bornoz Flück.

8.

Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung des Kantons Appenzell I.Rh.

Referent: Landammann Carlo Schmid-Sutter

6/1/2009: Antrag Standeskommission

Landammann Carlo Schmid-Sutter fasst den Bericht der Standeskommission über die Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung des Kantons Appenzell I.Rh. zusammen. Dabei verweist er unter anderem auf die in Ziff. 7.2. vorgeschlagene Überprüfung von konkreten Massnahmen zur Reduktion des Aufwandes des Kantons in den Bereichen des staatlichen Handelns. Er beantragt dem Grossen Rat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, diesen zu diskutieren und der Standeskommission Entlastung von dem ihr am 18. Februar 2008 erteilten Auftrag zu erteilen.

Grossrat Thomas Bischofberger, Schlatt-Haslen, äussert sich im Namen der StwK in genereller Hinsicht zur Thematik. Die Präsentation des Berichtes der Standeskommission sei für ihn nicht mit dem Abschluss dieses Projektes gleichzusetzen. Vielmehr müsse die Verzichtsplanning und Optimierung der Aufgabenerfüllung als dauernde Aufgabe betrachtet werden. Insbesondere bei personellen Austritten müssten mögliche Optimierungen bei der künftigen Aufgabenerfüllung eingehend geprüft werden. Auch der Grosse Rat müsse sich bei künftigen Entscheiden vermehrt über die entsprechenden Kostenfolgen bewusst werden. Grossrat Thomas Bischofberger kommt im Namen der StwK zum Schluss, dass die Standeskommission jeweils im Rahmen der Beratung des Budgets und der Staatsrechnung dem Grossen Rat Bericht erstatten sollte, welche konkreten Optimierungsmassnahmen analog im Sinne von Ziff. 7.2. des Berichtes umgesetzt worden seien. Jede Gesetzesvorlage sollte künftig eine Aussage über die Kostenfolgen und Auswirkungen auf den Stellenplan der kantonalen Verwaltung enthalten, damit sich der Grosse Rat bei seinen Entscheidungen jeweils über deren Auswirkungen bewusst sei.

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, zitiert aus Abschnitt 5.2. des Berichtes der Standeskommission, in welchem diese einen Handlungsspielraum für einen Aufgabenverzicht bei entsprechender Anpassung kantonalen Gesetze und Verordnung feststelle. Er möchte wissen, inwieweit sich die Standeskommission diesbezüglich bereits eingehende Überlegungen gemacht habe.

Landammann Carlo Schmid-Sutter sichert die Entgegennahme der beiden Anregungen der StwK zu. Gleichzeitig stellt er klar, dass die Standeskommission kaum in der Lage sein dürfte, jeweils die durch eine Gesetzesvorlage zu erwartete Stellenzunahme zu beziffern, da diese

oftmals nur einen Bruchteil des Pensums einer Stelle ausmache. Er warnt vor allzu grossen Erwartungen, die sich aufgrund der kleinen Verhältnisse im Kanton allenfalls nicht erfüllen dürften. Abschliessend gibt er bekannt, dass die Standeskommission auch das Anliegen von Grossrat Martin Breitenmoser näher prüfen werde.

Grossrat Bruno Ulmann, Schwende, vermisst in der vorliegenden Ist-Analyse Aussagen darüber, wie die Koordination der Aufgabenerfüllung durch das vorhandene Personal departementsübergreifend erfolge. Landammann Carlo Schmid-Sutter räumt ein, dass diese Thematik bisher zu wenig systematisch geprüft worden sei. Er nimmt auch diese Anregung zur eingehenden Prüfung entgegen.

Auf Anfrage von Grossrat Franz Fässler, Appenzell, sichert Landammann Carlo Schmid-Sutter zu, dass bei Neuanstellungen nach Möglichkeit einheimische Fachkräfte berücksichtigt würden, sofern diese zur Annahme einer vakanten Stelle zu vernünftigen Bedingungen bereit seien und dafür auch geeignet erscheinen.

Eintreten ist gemäss Art. 18 Abs. 3 des Geschäftsreglements obligatorisch.

Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Standeskommission die Anträge von Grossrat Thomas Bischofberger, Schlatt-Haslen, Martin Breitenmoser, Appenzell, und Bruno Ulmann, Schwende, entgegengenommen hat.

Weiter wird das Wort zum Bericht der Standeskommission nicht mehr gewünscht.

Der Grosse Rat nimmt den Bericht "Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung des Kantons Appenzell I.Rh." zur Kenntnis.

9.**Verkehrs- und Parkierungskonzept Dorf Appenzell, Variantendiskussion**

Departementsvorsteher: Bauherr Stefan Sutter
10/1/2009: Antrag Standeskommission

Bauherr Stefan Sutter erläutert den Zwischenbericht mit Variantendefinition im Hinblick auf die Schaffung eines Verkehrs- und Parkierungskonzepts für das Dorf Appenzell. In Bezug auf die ins Auge gefassten Varianten der künftigen Verkehrsführung seien in einer ersten Grobtriage die beiden Varianten mit Tunnelverbindungen Nord-Süd bzw. West-Ost aus Kostengründen ausgeschieden worden. Bei der Bewertung der Varianten sollte in erster Linie der Nutzen sowohl für die Wirtschaft als auch die in Appenzell wohnhafte Bevölkerung im Blickfeld stehen. Im Anschluss an diese Ausführungen skizziert Bauherr Stefan Sutter das weitere Vorgehen. Falls der Grosse Rat keine Erweiterungswünsche mehr anbringe, würden die Varianten bewertet und der Bericht mit Empfehlungen der umzusetzenden Massnahmen fertig gestellt. In der Folge beginne dann die grosse Arbeit mit der Umsetzung der im Konzept als zweckmässig erachteten Massnahmen.

Grossrat Ruedi Ulmann, Gonten, beantragt die Aufnahme der vom Verein Dorf Appenzell und vom Verein Appenzellerland Tourismus AI vorgestellten und empfohlenen Variante, die insbesondere die Streichung der Parkplätze auf dem Schmäuslemarkt, die Schliessung der Durchfahrt unter dem Rathaus und die Beschränkung der Erreichbarkeit des Landsgemeindeplatzes für Motorfahrzeuge nur aus einer Richtung vorsieht. Im Weiteren sollte das Parkplatzangebot auf dem Brauereiplatz durch die Erstellung eines Doppeldeckes erweitert werden. Diese Variante sei aus touristischer Sicht dringlich und könne schnell und kostengünstig umgesetzt werden.

Grossrat Thomas Rechsteiner, Rüte, beantragt im Namen des kantonalen Gewerbeverbandes die Prüfung und Bewertung der folgenden zusätzlichen Varianten:

- Das Parkplatzangebot nahe des Dorfkerns soll umgehend erweitert werden.
- Mit der Erweiterung der Fussgängerzone soll die Erstellung eines Fussgängersteiges vom Brauereiplatz über die Sitter zur Weissbadstrasse geprüft werden.
- In Abänderung der Variante VS-1N soll der Landsgemeindeplatz noch nicht als Fussgängerzone gelten und eine Zufahrt vom Landsgemeindeplatz zum Gansbach über eine Sackgasse in die Planung einbezogen werden.
- In Abänderung der Variante VO-1N ist die Erstellung einer Südtangente als Erschliessungsstrasse zu planen.
- Der öffentliche Verkehr soll aus dem Dorfkern ferngehalten und vom Bahnhof über das Ried und St. Anton ins Gebiet Ziel geführt werden.
- Beim Bahnhof ist die Anordnung und Gestaltung eines Busterminals für den öffentlichen Verkehr zu planen.

Grossrat Toni Heim, Appenzell, lehnt die Schliessung des inneren Ringes als unzweckmässig ab. Mit den vorgeschlagenen Ersatzvarianten werde der Verkehr in dafür nicht geeignete Wohngebiete gelenkt. Er stellt sich im Weiteren gegen die Realisierung einer neuen Ost-West-Verbindung, zumal sich die Problematik der Verkehrserschliessung im Dorf zwischen den Quartieren Nord und Süd zeige. Er weist darauf hin, dass diesbezüglich mit der Öffnung des inneren Ringes eine wesentliche Verbesserung eingetreten sei, sodass diese Verkehrsführung beibehalten werden sollte.

Grossrat Albert Koller, Appenzell, verlangt den Einbezug des Baus von Tunnels, Brücken oder Viadukten in die Planung, zumal mit solchen Zweckbauten eine Verlagerung des Verkehrs sichergestellt werden könne, ohne andere Bewohner und Gebiete zusätzlich zu belasten. Er gibt sich im Weiteren überzeugt, dass eine gänzliche Sperrung des inneren Ringes von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gutgeheissen werde.

Bauherr Stefan Sutter nimmt im Sinne einer Rekapitulation zu den Vorschlägen der Vorredner Stellung. Er betont, dass die Varianten- und Massnahmenvorschläge im gegenwärtigen Verfahrensstand technisch bewertet werden müssten und dass es vorläufig noch nicht um den Entscheid für oder gegen eine bestimmte Variante oder Massnahme gehe. Selbst wenn gegen eine Schliessung des inneren Ringes Widerstand zu erwarten sei, sollte geprüft werden, welche Vor- und Nachteile damit verbunden wären. Die anschliessende Bewertung der Varianten erfolge lediglich unter technischen Gesichtspunkten, ohne deren politische Durchsetzbarkeit eingehender zu prüfen. Die vom Verein Dorf Appenzell eingebrachte Variante kann nach Auffassung von Bauherr Stefan Sutter von den bereits aufgenommenen Varianten abgedeckt werden. Bezüglich der vorgeschlagenen Verkehrsanbindung durch eine neue Süd-Ost-Erschliessung weist er darauf hin, dass die Anbindung als Erschliessungsstrasse ausgestaltet werden sollte. Diese sollte allerdings nicht zur Umfahrung des Dorfes dienen, wie dies mit der zusätzlich verlangten Tunnelvariante bezweckt werde. Bauherr Stefan Sutter betont abschliessend nochmals, dass der Grosse Rat heute nicht über konkrete Massnahmen zu beschliessen habe, die anschliessend umgesetzt würden.

Eintreten ist gemäss Art. 18 Abs. 3 des Geschäftsreglements obligatorisch.

Grossrat Albert Koller, Appenzell, wiederholt seinen Antrag um Aufnahme der bei der Grobtriage ausgeschlossenen Tunnelvarianten in die weitere Prüfung. Auch Grossrat Marco Züger, Appenzell, schliesst sich diesem Antrag an.

Grossrat Ruedi Ulmann, Gonten, beantragt die Aufnahme der vom Verein Dorf Appenzell in schriftlicher Form präsentierten Variante, in die längerfristige Planung. Im Weiteren sollte als kurzfristige Massnahme die Schliessung der Unterführung beim Rathaus für den Verkehr und die Erstellung eines zusätzlichen Parkdecks auf dem Brauereiplatz geprüft werden.

Bauherr Stefan Sutter bekräftigt seine bereits geäusserte Auffassung, dass die vom Verein Dorf Appenzell vorgeschlagene Variante von den bereits im Bericht enthaltenen Varianten mitumfasst werde.

Landammann Daniel Fässler bestätigt unter Bezugnahme auf das Votum von Grossrat Thomas Rechsteiner, dass zur Absicherung des Fussgängerstromes vom Brauereiplatz zur Hauptgasse entsprechende Massnahmen erforderlich seien. Dieses Ziel werde jedoch mit einer Fussgängerüberführung zur Weissbadstrasse verfehlt. Vielmehr sollte bei der Metzibrücke der Übergang verbessert werden.

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, weist auf die Presseberichterstattungen hin, wonach das Hallenbad erneuert werden müsse. Seines Erachtens sollte auch der Einbau einer Tiefgarage in die diesbezügliche Planung einbezogen werden.

Bauherr Stefan Sutter stellt nach geführter Diskussion fest, dass lediglich noch der Antrag von Grossrat Albert Koller um Wiederaufnahme der Tunnelvarianten in das Prüfungsprogramm offen sei.

In der Abstimmung sprechen sich 18 Mitglieder des Grossen Rates für und 18 gegen die zusätzliche Aufnahme der Tunnelvarianten in die weitere Prüfung aus.

Bauherr Stefan Sutter erklärt sich angesichts dieses Abstimmungsergebnisses bereit, die Tunnelvarianten ebenfalls in die Prüfung einzubeziehen.

Der Grosse Rat nimmt in der Folge vom Zwischenbericht zum Verkehrs- und Parkierungskonzept Dorf Appenzell Kenntnis.

10.

Mitteilungen und Allfälliges

10.1. Rücktritte aus dem Grossen Rat

Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder gibt die eingegangenen Demissionen folgender Mitglieder des Grossen Rates bekannt:

- Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder
- Grossrat Hans Büchler, Appenzell
- Grossrat Bernhard Koch, Gonten
- Grossrat Toni Heim, Appenzell
- Grossrat Marco Züger, Appenzell

Die Verabschiedung wird formell anlässlich der Bezirksgemeinden erfolgen. Landammann Carlo Schmid-Sutter bedauert, dass angesichts der fortgeschrittenen Zeit die Verabschiedung der demissionierenden Mitglieder des Grossen Rates nicht angemessen erfolgen könne. Er stellt deshalb in Aussicht, dass die Standeskommission einen speziellen Aperitif organisieren werde, an dem die Verabschiedung im angemessenen Rahmen nachgeholt werde.

10.2. Informationen und Beantwortung von Anfragen

Im Weiteren wird der Grosse Rat über folgende Bereiche informiert:

- Landammann Carlo Schmid-Sutter gibt den Abschluss einer Programmvereinbarung zwischen der Standeskommission und dem Bundesamt für Kultur betreffend Denkmalpflege bekannt. Die Standeskommission vertrete die Auffassung, dass diese nicht dem Grossen Rat vorgelegt werden müsse, da noch nicht absehbar sei, welche Beitragssumme während der vierjährigen Geltungsdauer der Vereinbarung zu Lasten des Kantons ausgelöst werde.
- Säckelmeister Sepp Moser beantwortet eine Anfrage von Grossrat Ueli Manser, Schwende, vom 9. Februar 2009 betreffend Abschaffung der Dumont-Praxis der kantonalen Steuerverwaltung. Die diesbezügliche Verwaltungspraxis werde rückwirkend auf den 1. Januar 2009 angepasst. Die Dumont-Praxis werde mit dieser Änderung faktisch abgeschafft. Die kantonale Steuerverwaltung werde die für die Instandstellung einer Liegenschaft angefallenen Kosten nur noch unter dem Gesichtspunkt werterhaltend bzw. wertvermehrend überprüfen. Inskünftig werde eine spezielle Prüfung innert der ersten zwei Jahre nach dem Erwerb einer Liegenschaft entfallen. Demgegenüber könne die von Grossrat Ueli Manser, Schwende, im gleichen Vorstoss gewünschte Übertragung von nicht verrechenbaren Liegenschaftsunterhaltskosten auf die nachfolgenden Steuerperioden infolge des im Bundesrecht verankerten Periodizitätsprinzips nicht realisiert werden.

Grossrat Ueli Manser, Schwende, bedankt sich für die rasche Antwort des Finanzdepartements auf seinen Vorstoss vom 9. Februar 2009. Er ersucht - unter Vorbehalt der Zustimmung der Standeskommission - Säckelmeister Sepp Moser, auf Bundesebene im Rahmen der Finanzdirektorenkonferenz dieses Anliegen vorzubringen und auf eine entsprechende Anpassung des Steuerharmonisierungsgesetzes zu drängen.

Säckelmeister Sepp Moser nimmt diesen Wunsch entgegen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass diese Gesetzesänderung eine Bevorteilung von vermögenden Steuerpflichtigen bedeuten könnte, indem diese durch den Erwerb und Sanierung alter Gebäude regelmässig entsprechende Abzüge bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens geltend machen könnten.

- Grossrat Josef Schmid, Schwende, ersucht Statthalter Werner Ebnetter, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes im Bereich Spitalfinanzierung folgende drei Fragen zur Beantwortung anlässlich der Juni-Session 2009 entgegenzunehmen:
 1. Wann liegen die Zahlen der Fallpauschalen für das Spital Appenzell vor?
 2. Wie will der Kanton auf die Einführung der leistungsorientierten Finanzierung im Spitalbereich reagieren?
 3. Inwieweit wird diese Revision des Krankenversicherungsgesetzes bei der Planung des Gesundheitszentrums berücksichtigt?

Statthalter Werner Ebnetter nimmt diese Fragen zur Beantwortung entgegen und wird an der Juni-Session 2009 dem Grossen Rat diesbezüglich Bericht erstatten.

- Landammann Daniel Fässler beantwortet eine Anfrage von Grossrat Stefan Koller, Rüte, vom 1. Dezember 2008 betreffend Konzessionierung der Appenzeller Bahnen. Aus der diesbezüglichen Antwort geht hervor, dass die Appenzeller Bahnen eine Synchronisierung der Konzessionen sämtlicher Strecken der Appenzeller Bahnen anstreben würden. Bis Ende Juni 2009 würden sie beim Bundesamt für Verkehr das Konzessionsgesuch einreichen, zu welchem die betroffenen Kantone später bzw. zu gegebener Zeit Stellung nehmen könnten.

Angesichts vorhandener Unklarheiten über die von den Bezirken an die Aufwendungen des öffentlichen Verkehrs zu leistenden Beiträge wird Landammann Daniel Fässler Vertreter der Bezirke an einem Treffen über die heutige Situation und mögliche Lösungen bei der Finanzierung von Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr orientieren.

Auf entsprechende Rückfrage von Grossrat Bernhard Koch, Gonten, versichert Landammann Daniel Fässler, dass die betroffenen Kantone auch künftig bezüglich Konzessionsverlängerung oder -abänderung für einzelne Strecken der Appenzeller Bahnen ein Mitspra-

cherecht hätten.

- Bauherr Stefan Sutter informiert über den Abschluss des Ideenwettbewerbs für die Realisierung eines Gesundheitszentrums. Er verweist auf die auf den 3. April 2009 angesetzte Pressekonferenz und die anschliessende Ausstellung der prämierten Projekte im Spital Appenzell.
- Bauherr Stefan Sutter führt im Sinne einer Vororientierung aus, dass die Enggenhüttenstrasse auf dem Abschnitt zwischen Kaubach und Schatten einer Teilsanierung unterzogen werden soll.
- Grossratspräsidentin Gabi Weishaupt-Stalder spricht den Mitgliedern des Grossen Rates für die engagierte Mitarbeit im auslaufenden Amtsjahr den Dank aus.

9050 Appenzell, 16. Mai 2017

Der Protokollführer:

Rudolf Keller